

Vom hohen Roß

Seenotrettung: Beim Kult um Carola Rackete offenbart sich ein gefährlicher neudeutscher Größenwahn

Thorsten Hinz

Der Kult um die Sea-Watch-3-Kapitänin Carola Rackete ist die Komplementärveranstaltung zur Kampagne „gegen Rechts“, die dem Mord am CDU-Mann Walter Lübcke folgte. Nachdem die patentierten Statthalter der Demokratie sich im schweißtreibenden Kampf gegen das Böse verausgabt haben, dürfen sie in der Feier einer Ikone des Guten frische Kräfte tanken.

Typischerweise bedenken sie nicht, daß die Vorgänge im Mittelmeer keine interne Angelegenheit sind; es handelt sich um ein Politikum auf internationaler Ebene. Was als „Seenotrettung“ firmiert, stellt eine Beihilfe zum kriminellen Schleppertum dar. Nebenbei hat Frau Rackete die Souveränität, die territoriale Hoheit und die Gesetze Italiens mißachtet und die Besatzung eines Patrouillenbootes in Gefahr gebracht. Zur Lebensrettung hätte es völlig ausgereicht, die Bootsinsassen zum libyschen Ausgangshafen zurückzubringen. Doch der Geisterfahrerin auf hoher See ging es um die politische Demonstration und den symbolischen Wiedergutmachungsakt: Als „weiße Deutsche, die in einem reichen Land mit dem richtigen Paß“ geboren worden sei, habe sie die moralische Verpflichtung, denjenigen zu helfen, die nicht die gleichen Möglichkeiten wie sie gehabt hätten. Sie und ihre Gesinnungsfreunde wollen den Italienern und ganz Europa eine Einwanderungspolitik aufzwingen, die ihnen moralische Befriedigung verschafft. Ungefragtbürden sie anderen die Konsequenzen ihrer pubertären Gewissenskonflikte auf.

Wenn eine überdrehte und selbstherrliche Individual-Moral die Beziehungen zwischen den Ländern bestimmt, werden sie unberechenbar und ist das Chaos sicher. Daran verschwenden die Spitzen-Diskutanten und -Kommentatoren in Deutschland jedoch kein Wort. Vielmehr verleihen sie den Eigenmächtigkeiten der Egomaniin eine metapolitische, ach was, eine transzendente Dimension. Hamburgs Erzbischof hat die 31jährige reflexhaft zur Beinahe-Heiligen in der Nachfolge Jesu Christi erhoben. Politiker, Journalisten und sogar Wirtschaftsvertreter nehmen den religiös gestimmten Ton ungeprüft auf.

Der blasse Sachwalter im Schloß Bellevue und der Außenminister haben der italienischen Justiz und Regierung umgehend klargemacht, wie die einzig mögliche Entscheidung über die arrestierte Rackete auszusehen habe. Verständlicherweise hat das den italienischen Innenminister Matteo Salvini zu der Ansage veranlaßt, Steinmeier und Maas sollten sich gefälligst um die Probleme im eigenen Land kümmern. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung erweist sich zuverlässig als das Referenzblatt bundesdeutscher Inferiorität und verkündet, die Sea-Watch-Betreiber hätten „die Moral auf ihrer Seite“. Und Siemens-Chef „Joe“ (eigentlich: Josef) Kaeser twitterte: „Menschen, die Leben retten, sollten nicht verhaftet werden. Menschen, die töten, Haß und Schaden säen und fördern, sollten es.“

Unbekümmert setzt der bundesdeutsche Michel sich über das Völkerrecht, über nationale Gesetze, über diplomatische Gepflogenheiten und Höflichkeitsregeln hinweg und betreibt vom Hochsitz der Hypermoral die Neuordnung der Welt als ethisch korrekten Großraum. Vor dem Hintergrund einer amoralischen NS-Vergangenheit war es zunächst angängig, stärker als andere den moralischen Aspekt in der Politik hervorzuheben. Längst ist das Mittel zum Zweck geworden, hat sich als Hypermoral verselbständigt und ist in einen „moralischen Imperialismus“ (Viktor Orbán) umgeschlagen, der dazu neigt, andere Völker und Staaten als moralisch minderwertig zu klassifizieren und sich über sie zu erheben. Heute trifft es Italien, gestern traf es die Ungarn und Polen, vorgestern die Griechen, morgen wird Rußland und übermorgen wieder Donald Trump an der Reihe sein.

Der Größenwahn bundesdeutscher Spielart macht Deutschland als Partner unmöglich, zur Führung in Europa ungeeignet und international lächerlich. Denn dem Ausland bleibt ja nicht verborgen, wie gleichzeitig Deutschlands Substanz schwindet; wie die ungesteuerte Zuwanderung es beschädigt; wie seine Infrastruktur buchstäblich zerbröselt; wie seine technische und intellektuelle Leistungsfähigkeit abnimmt.

Arnold Gehlen hat über das in zwei Weltkriegen besiegte Deutschland geäußert, widerlegte Völker neigten, um Schonung zu erlangen, zur Missionierung der anderen. Auch diese Schwundstufe der Außenpolitik verlangt ihren Akteuren viel ab: Diskretion, Geduld, die Fähigkeit zur Empathie. Gehlens Prognose war übertrieben optimistisch, denn die politische Mentalität, die heute die Medien, Parteien, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Verbände durchwirkt, ist besserwisserisch, infantil, autoaggressiv. Zwei verinnerlichte Zielvorgaben schälen sich als handlungsleitend heraus: Die europäischen Staaten als souveränes Ordnungsprinzip, als Einheit von Territorium, Staatsvolk, Staatsgewalt, sollen außer Kraft gesetzt und Europa als „weißer“ Kulturraum abgeschafft werden.

Die Tendenzen sind zwar auch in anderen Ländern wirksam, wie Jean Raspails visionäres „Heerlager der Heiligen“ und zuletzt Douglas Murrays Buch „Der Selbstmord Europas“ zeigen. Vor allem entspringen sie den universell wirksamen, egalitären Instinkten der Massengesellschaft. „Massen entstehen“, so Karl Jaspers, „wo Menschen ohne eigentliche Welt, ohne Herkunft und Boden verfügbar und austauschbar werden.“ Eine Erfahrung, die Deutschland im 20. Jahrhundert nachdrücklicher als andere Nationen ereilt und die seine politische DNS geprägt hat. Sie erklärt die hypermoralische Avantgarde-Position, die es jetzt einnimmt und den anderen Ländern Gründe liefert, die deutsche Frage als einen medizinischen Fall zu begreifen, vor dem man sich in acht nehmen muß.

Ein Röschen für Macron

**EU-Kommissionschefin: Für die Nomenklatura ist von der Leyen genau die Richtige
Bruno Bandulet**

Unter zwei Regierungen – die eine in Berlin, die andere in Brüssel – mußten wir bisher schon leben und leiden, bald könnten auch noch beide Regierungschefinnen deutsch sein. Ein Grund zur Freude? Eher nicht. Manfred Weber, einem schwachen, unendliche Langeweile ausstrahlenden Kandidaten, müssen wir aber auch nicht nachtrauern. Die CSU wollte ihn „an die Spitze Europas“ setzen. Daß Emmanuel Macron von solchen aus dem Europaparlament hervorgehenden Spitzenkandidaten nichts hält, hat er frühzeitig wissen lassen.

Im Prinzip hat er recht. Weil eine europäische Öffentlichkeit und ein europäisches Volk nicht existieren, haben Europawahlen immer etwas von einem Illusionstheater an sich. Ein Akt lupenreiner Demokratie sind sie ohnehin nicht, weil ihnen die Gleichheit der Stimmen („one man, one vote“) abgeht. Das Europaparlament ist keine klassische Legislative, sondern eine Versammlung mit eingeschränkten Kompetenzen. Laut Lissaboner Vertrag wird der Kommissionspräsident vom Europäischen Rat, also den Regierungschefs, vorgeschlagen, nicht von irgendwelchen Parteien. Von einem Spitzenkandidaten ist nirgendwo die Rede. Insofern wurden die Wähler hierzulande in die Irre geführt. Jetzt fühlen sie sich betrogen. Verdrängt wurde: Demokratie manifestiert sich immer noch in den Nationalstaaten, nicht irgendwo in Europa. Und kaum jemand außerhalb Bayerns oder der Niederlande kannte Weber oder den Sozialisten Frans Timmermans.

Daß versucht wurde, ausgerechnet Timmermans, den Vertreter der dezimierten zweitgrößten Fraktion, dem Parlament zu oktroyieren, war ein starkes Stück. Verhindert haben ihn die als konservativ geltenden Parteien, vor allem aber die Osteuropäer und die Italiener. Sie haben ihre Muskeln spielen lassen. Obwohl sich die Kräfteverhältnisse in der EU mit dem Aufstieg rechter Parteien verschoben haben, gingen die Ost- und Mitteleuropäer bei der Postenvergabe leer aus. Sie werden immer noch als zweitklassig behandelt. Eine unkluge Einstellung, die sich rächen wird.

Wäre Ursula von der Leyen, die Ersatzkandidatin, eine gute Wahl? Es hat einen üblen Beigeschmack, wenn jemand, der in einem nationalen Ministerium gescheitert ist und vor dem Ende seiner Karriere stand, umstandslos auf einen europäischen Spitzenposten wechseln kann. Als Verteidigungsministerin war sie mit der Dauerbaustelle Bundeswehr heillos überfordert. Daß sie keine Ahnung von Waffen hat, zeigte die Begründung, mit der sie das bei der Truppe geschätzte, aber laut ihr unbrauchbare Sturmgewehr G36 ausmusterte. Schäbig war ihr Verhalten im immer noch unaufgeklärten Fall des Franco A. Anstatt sich als Vorgesetzte vor die Soldaten zu stellen, phantasierte sie von „Haltungs- und Führungsproblemen“ und von einem „falsch verstandenen Korpsgeist“. Sie bediente die üblichen Vorurteile „gegen Rechts“. Wenn sie über die Bundeswehr sprach, dachte sie immer nur an ihre Karriere.

Nicht obwohl, sondern weil von ihr keine echten EU-Reformen und keine Rückkehr zum Grundsatz der Subsidiarität zu erwarten sind, ist sie aus Sicht der Nomenklatura eine gute Wahl. Auf ihre Disziplin ist Verlaß, so haben sie ihre Eltern erzogen – „Röschen“, wie das Kind genannt wurde, mußte mit nackten Beinen in die Brennesseln gehen, wenn es unartig war. Ursula von der Leyen ist keine innovative, selbständige Denkerin, dafür aber kommunikativ hochbegabt und bei allem Ehrgeiz flexibel genug, um den EU-Machthabern nicht in die Quere zu kommen. In den USA gilt sie als antirussisch, Macron lobte sie als „frankophon“, die FAZ

nannte sie eine „glühende Europäerin“ – man stelle sich indes einmal vor, einem beliebigen Politiker würde das Attribut eines „glühenden Deutschen“ angeheftet. Daß Macron mit ihr einverstanden ist, erklärt sich schon daraus, daß sie als Verteidigungsministerin Paris die Führungsrolle beim Projekt des deutsch-französischen Kampfjets überlassen hat, einschließlich der Bevorzugung französischer Firmen bei Aufträgen in einem Gesamtwert von mindestens hundert Milliarden Euro.

Zudem bedient sie die auch von Macron geteilte linksliberale Agenda. Sie wird die klimapolitische Planwirtschaft forcieren, sie fand die „Ehe für alle“ ganz toll, und schon als Familienministerin machte sie sich dafür stark, Babys in die Kita zu schicken, damit die Mütter möglichst schnell wieder arbeiten konnten.

Ein erstes Fazit läßt sich ziehen: Wenn die Kandidatin wirklich im Europäischen Parlament durchgeht, wird der französische Präsident der große Gewinner des Postenschachers sein. Dazu muß man wissen, daß die EU von einer Doppelspitze regiert wird: von der Kommission, die mit Rückendeckung des Europäischen Gerichtshofs immer mehr Kompetenzen an sich gezogen hat, und vom Europäischen Rat, in dem die Regierungschefs sitzen. Dessen Präsident wird der Belgier Charles Michel. Er pflegt ein sehr gutes Verhältnis zu Macron. Er wird die Sitzungen des Rates vorbereiten und leiten, und Macron wird sich auf ihn ebenso verlassen können wie auf Christine Lagarde, die in der Europäischen Zentralbank für reichliches und billiges Geld und damit für die Schuldentragfähigkeit der Südeuropäer sorgen wird.

Nein, die Vereinigten Staaten von Europa, von denen von der Leyen einst träumte, stehen nicht auf dem Programm. Wohl aber ein Europa mit einer Krisenwährung, dessen souveräne Leitungsmacht offenbar in Paris sitzt, nicht in Berlin. Taktisch und strategisch spielt die derzeitige deutsche Führung nicht in derselben Liga wie die französische.

Dr. Bruno Bandulet war Chef vom Dienst bei der Welt und ist Herausgeber des „Deutschland-Briefs“ (erscheint in eigentümlich frei).

Die Kernenergie und das Bild, das wir von ihr haben

Technik ist immer politisch

Anna Veronika Wendland

Neulich, kurz vor der Europawahl, hatte ich eine Nachtschicht in den Primärkreislauf-Räumen eines deutschen Kernkraftwerks. Wir waren beim Anfahren, auf dem Plan standen die dynamischen Entlüftungsläufe, und in einer Pause saß ich auf der Dampferzeuger-Treppe, schaute die Hauptkühlmittelpumpe an, die wir gerade hatten laufen lassen, und sagte zu ihr: „YD30D001, wen würdest du am Sonntag wählen?“ Ich hätte gerne gehört „Ganz bestimmt nicht diejenigen, die mich verschrotten wollen“, aber die Antwort war uneindeutig, man könnte

sagen, neutral. Außer einem indifferenten Rauschen in den Sperrwasserleitungen war aus YD30 nichts herauszukriegen.

Die meisten Menschen, die beruflich mit Technik zu tun haben und mit ihr täglich auf Tuchfühlung sind, sagen, Technik sei neutral. Tatsächlich gehört „Apolitizität“ in den meisten Ländern zum Selbstkonzept der Techniker und Ingenieure. Man reagiert empfindlich, wenn die Industrie, in der man arbeitet, zum Spielball politischer Kämpfe wird. Man solle Experten entscheiden lassen, so eine oft gehörte Aussage.

Doch wir beobachten ständig, daß Technologien politisch aufgeladen werden. Dies ist der Fall, seit Menschen Technik erfinden und nutzen. Technologien werden mit politischen Mythen und Diskursen umkleidet. Ob das jetzt die Vorstellung vom Automobil als Freiheitsmaschine für den Arbeiter in der fordistischen Industriegesellschaft war, oder die von den Eisenbahnen als „eigentlichen Volkswohlfahrts- und Bildungsmaschinen“, wie es der Bahn-Pionier Friedrich List im Vormärz formulierte: Technik wurde politisch, sobald ihre Komponenten in soziotechnische Systeme eintraten.

Doch der Kernreaktor wurde zur Polit-Maschine par excellence, was vor allem seiner Herkunft aus den militärisch-industriellen Komplexen des Kalten Krieges zu verdanken ist. Die Hypothek von Hiroshima und Nagasaki, aber auch die Erfahrung der oberirdischen Atomtests und die davon ausgelöste Strahlen- und Krebsangst lastete schwer auf ihm. Auf der anderen Seite produzierte nukleares Know-how Souveränität und politische Legitimität. Das machte die Kerntechnik attraktiv für patriotische Narrative. Die Beherrschung der Kerntechnik galt überdies als Ausweis von ökonomischer Entwicklung und Technologieführerschaft. Das war in Frankreich und Schweden so, in der Sowjetunion und in Pakistan.

Auch in Deutschland interessierte sich der ehrgeizige Atomminister Franz Josef Strauß vor allem für Reaktorkonzepte, die eine hohe Plutoniumausbeute versprachen. Nachdem der Flirt mit der militärischen Option beendet war, sorgte Strauß mit demselben Nachdruck für die zivile Nuklearisierung seiner bayerischen Heimat. Bayerns heutige Identität als Laptop-Lederhose-Land wurde wesentlich mit Atomstrom produziert.

Im nuklearen Entwicklungsgedanken konnten konservative Modernisierer wie Strauß und Sozialdemokraten wie Helmut Schmidt zusammenfinden. Doch in beiden Lagern meldete sich Widerspruch. Viele Konservative hegten Skepsis gegenüber großtechnischen und hochzentralisierten Systemen, oder gegen die Implantierung von Atomanlagen im ländlichen Raum. In den Massenprotesten von Wyhl und Gorleben taten sich konservative Bauern mit dem linken, studentischen Milieu der Universitätsstädte zusammen.

Der einzige derzeit im großtechnischen Maßstab nutzbare, energieintensive und gleichzeitig kohlendioxidarme Prozeß ist die Kernspaltung. Diese Position wird neuerdings auch als „Ökomodernismus“ oder „Ökorealismus“ bezeichnet.

Diese neue Entwicklung trieb vor allem die deutschen Sozialdemokraten in ein Dilemma: Sie brauchten die Kernenergie für ihr „Modell Deutschland“ von Wachstum, Vollbeschäftigung

und sozialer Emanzipation, doch die linke Jugend setzte sich davon ab und brachte damit gleichzeitig jenen Erosionsprozeß der Sozialdemokratie in Gang, der den Aufstieg der Grünen und schließlich auch die aus Verzweiflung geborene Abwendung der SPD von der Kernenergie ermöglichte. Derweil erlebten die osteuropäischen Kommunisten, in deren Entwicklungs- und Aufklärungsdenken die Elektrizität immer eine bedeutende Rolle gespielt hatte, ihre eigenen nuklearen Krisen. Als der sowjetische Nationalreaktor RBMK 1986 in Tschernobyl verunglückte, brach für eine ganze Generation russischer und ukrainischer Atomingenieure eine Welt zusammen, und zwar nicht nur, weil sich dort eine für ausgeschlossen gehaltene nukleare Leistungsexkursion ereignet hatte, sondern auch, weil sich an diesen Reaktor mit der Zeit Emotionen, Stolz und Wohlstandsträume angelagert hatten.

Auch die Atomgegner bauten eifrig an den Mythologien des Atoms. Dabei konnten sie auf eine reiche intellektuelle Tradition der Technikkritik zurückgreifen. Die technisch-wissenschaftliche Grundlage politischer Systeme hat Staatsdenker, Soziologen und Philosophen in der industriellen Moderne schon immer beschäftigt. Dabei galt die Aufmerksamkeit vor allem der Frage, ob bestimmte Technologien durch ihre zentralisierende Eigendynamik auch bestimmte Herrschaftsformen hervorbringen könnten.

Karl August Wittfogel (1896–1988) postulierte mit Blick auf die Herrschaftsformen des antiken Orients und Chinas, daß die Errichtung komplexer Bewässerungssysteme notwendigerweise auch zentralistische Bürokratien und Zwangsarbeit hervorgebracht habe. In dieser „hydraulischen Gesellschaft“ spiegelte sich auch Wittfogels persönliche Erfahrung mit Nationalsozialismus und Stalinismus. Robert Jungk ist mit seinem „Atomstaat“ im Grunde Wittfogels Hypothese von der technologiebasierten Despotie gefolgt: Die zivile Kernenergienutzung, so Jungk, erfordere ein derart hohes Maß an Absicherung der kerntechnischen Anlagen und Materialien vor Proliferation und Terrorismus, daß diese Vorkehrungen schließlich die Arbeitnehmer- und Bürgerrechte zersetzen würden.

Die Anti-Atom-Bewegung übernahm diese Imagebildung der Kerntechnik bereitwillig. Ihr militanter Flügel sah sich ohnehin in Frontalgegnerschaft zum Staat. Er attackierte die Kernkraftwerke als Symbole des verhaßten rheinischen Kapitalismus, aber auch des Modell-Deutschland-Staates der SPD. So wurde die Kernenergie „rechts“ und ihre Gegner „links“. Die damals sich einbürgernden Ausdrucks- und Verfahrensformen der deutschen Kerntechnik schienen diese Vision zu bestätigen. Die Atomanlagen erschienen aus der Außensicht als Bastionen, die sich mit zonierten Zugangskontrollen und martialischen Sicherungsanlagen gegen die Bevölkerung abschotteten.

Vor kurzem brachte Christian Meyer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen im niedersächsischen Landtag, das Kunststück zustande, gar nicht mehr mit den traditionellen Argumenten von Macht- und Staatsnähe zu begründen, daß Kernenergie „rechts“ sei – was im real existierenden Energiewende-Staat ja auch reichlich absurd wäre. Es reiche zu wissen, twitterte Meyer, daß die AfD für Kernenergie sei.

Dieses Bild der AfD-Atomkraft ist der vorläufig letzte Akt in der Geschichte der „Rechts“-Verortung der Kerntechnik. Es ist ein Abgrenzungsakt, den man nötig zu haben glaubt, weil die

Diskurs-Fronten gerade wieder in Bewegung kommen. Die Kohleausstiegs-Politik der Bundesregierung ist eine Reaktion auf die klimapolitische Mobilisierung – aber sie riskiert damit gleichzeitig die Sicherheit unserer Stromversorgung, weil sie vorher schon die Kernkraft in die Wüste geschickt hat. Nun sucht man sein Heil im russischen Gas als Backup für grünen Flatterstrom.

Doch folgt man den Empfehlungen namhafter, rechter Sympathien gänzlich unverdächtiger Klimawissenschaftler wie James Hansen, so ist eine CO₂-neutrale Industriegesellschaft unter gleichzeitiger Beibehaltung ihres Wachstums- und Entwicklungsversprechens nur mit intensiven Prozessen der Energieumwandlung möglich, nicht aber mit energiearmen und extensiven Lösungen, wie sie die Erneuerbaren anbieten. Der einzige derzeit im großtechnischen Maßstab nutzbare, energieintensive und gleichzeitig CO₂-arme Prozeß ist die Kernspaltung. Diese Position wird neuerdings auch als „Ökomodernismus“ oder „Ökorealismus“ bezeichnet.

Das „rechte“ Image der Kernenergie ist kulturell und politisch hergestellt worden – und genau deswegen ist es umkehrbar. Die antinukleare Meistererzählung war nur deswegen so erfolgreich, weil niemand ihr eine alternative Sichtweise gegenüberstellte.

Ökorealisten schauen auf die Potentiale einer Technologie, nicht auf ihre Images. So könnte man, die entsprechende Form öffentlicher Finanzierung und Verwaltung vorausgesetzt, auch ein Kernkraftwerk als Bürgerkraftwerk betreiben. Umgekehrt straft die aktuelle Entwicklung das von der Öko-Bewegung gern gepflegte Image von den sanften, dezentralen und somit automatisch demokratischeren Umgebungsenergien Lügen. Rund um die „Erneuerbaren“ tummeln sich heute Großkonzerne, Subventionsjäger und Lobbyisten. Die Finanzierungsmodelle der Energiewende haben zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben, aus den Taschen von Mietern und Kleinverdienern in die Aktiendepots von Grundbesitzern und Investorengruppen geführt. Eigentlich sollte das Linken zu denken geben. Technik-Determinismus ist also vollkommen fehl am Platze.

Das „rechte“ Image der Kernenergie ist kulturell und politisch hergestellt worden – und genau deswegen ist es reversibel. Derzeit haben Atomgegner die Diskurshegemonie: Katastrophale Unfälle, unbewohnbare Landschaften und unbeherrschbarer Atom Müll dominieren alle Diskussionen, was in bizarrem Gegensatz zur gänzlich unspektakulären Betriebserfahrung der deutschen Kerntechnik steht. Diese antinukleare Meistererzählung, nicht die Unzulänglichkeit der deutschen Kernkraftwerke ist es, die Deutschland nach Fukushima in den überhasteten Atomausstieg getrieben hat.

Doch sie war nur deswegen so erfolgreich, weil niemand ihr eine alternative Sichtweise gegenüberstellte. Will man Akzeptanz für die Kernenergie zurückgewinnen, muß man erstens eine unanfechtbare technische Lösung präsentieren – etwa einen inhärent sicheren, atommüllfressenden Vielzweckreaktor wie den Dual-Fluid-Reaktor (DFR) – und zweitens die kulturell-politische Produktion dieser Technologie wieder selber steuern. Man darf also das Sprechen über Kernenergie nicht mehr jener Diskurskoalition aus Grünen, SPD, Umwelt-NGOs und Medien überlassen, die bislang alleine bestimmte, was über „Atom“ gesagt werden

durfte und was nicht. Dazu bedarf es einer Gegen-Diskurskoalition, in der sich parteienübergreifend all jene organisieren könnten, die für evidenzbasierte Politik eintreten.

Theoretisch könnten die Aufklärer und Ökorealisten sogar Teile der Grünen und der Klima-Jugendbewegung zurückgewinnen. Einstweilen singen letztere noch das traditionsgrüne Lied von der schönen neuen Welt ohne Kohle und Atom. Aber das könnte sich ändern – entweder infolge schlechter Erfahrungen, wie der eines großen und opferreichen Stromausfalls, oder infolge besseren Wissens. Dazu gehört Wissen über die Realitäten der Energiewende genauso wie Wissen über neue Formen von Kerntechnik sowie über den Forschungsstand der Strahlenbiologie, was Ängsten vor Super-GAU und Strahlung den Garaus macht. Und dazu gehört die Erkenntnis, daß es aller diskursiven Umkleidung zum Trotz keine rechten oder linken Formen von Stromerzeugung gibt, sondern nur funktionierende und nicht funktionierende.

Dr. Anna Veronika Wendland, Jahrgang 1966, ist Osteuropa- und Technikhistorikerin am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg. Forschungsbedingt arbeitet sie gelegentlich in Kernkraftwerken. In ihrer Freizeit schreibt sie für die Online-Plattform salonkolumnisten.com sowie für Energie-Blogs und engagiert sich für den Verein Nuklearia, der sich die kerntechnische Re-Alphabetisierung der Deutschen zum Ziel gesetzt hat.

<https://nuklearia.de>

Ohne Wenn und Aber hinter Rommel

**Generalfeldmarschall Erwin Rommel: Selbst Waffen-SS-Generale hätten seinen Staatsstreich mitgetragen
Manfred Schmidt-Baldham**

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet und in seiner Bedeutung weit unterschätzt jährt sich am 15. Juli 2019 zum 75. Male das Ultimatum des seinerzeitigen Oberbefehlshabers der Heeresgruppe B, Generalfeldmarschall (GFM) Erwin Rommel an Adolf Hitler. In seiner Denkschrift an den Diktator schilderte der unerschrockene GFM in Sorge um die ihm anvertrauten Soldaten die trotz „aller Orten heldenhaften Einsatzes“ militärisch aussichtslose Situation. Gleichzeitig forderte er den „Führer“ auf, „den Krieg im Westen unverzüglich zu beenden“. Unter der damaligen NS-Herrschaft glich Rommels verzweifelter Versuch einem tollkühnen Unterfangen, das mit akuter Gefahr für Leib und Leben verbunden war.

Streit um Rommels direkte Beziehung zum 20. Juli

Der kühne Feldmarschall setzte deshalb vorsorglich auf die bewaffnete Auseinandersetzung mit dem ebenso rücksichtslosen wie uneinsichtigen Diktator. Dabei versicherte er sich

zuverlässig der Gefolgschaft von fünf Kommandierenden Generälen kampferprobter Elite-Divisionen sowie des I. und II. SS-Panzerkorps, die ihrerseits einen gewaltsamen Umsturz planten, wie das Militärgeschichtliche Forschungsamt bereits vor Jahrzehnten herausgefunden hat („Aufstand des Gewissens – Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945, Freiburg 1987).

Hiernach standen die hochrangigen Generäle Wilhem Bittrich und Felix Steiner, aber mit Sepp Dietrich und Paul Hausser sogar die ranghöchsten SS-Generale, nach mündlichen Überlieferungen mit ihren Offizieren und Untergebenen „ohne Wenn und Aber“ für einen von Rommel, aber nur von ihm, geführten Militärputsch „uneingeschränkt“ zur Verfügung, ebenso wie der Wehrmachtsgeneral Heinrich Eberbach. Angesichts dieser geballten Kampfkraft und der unbeschreiblichen Beliebtheit Rommels bei allen Dienstgraden und Wehrmachtsteilen konnte das Gelingen dieses Staatsstreichs keinem vernünftigen Zweifel unterliegen. Ein Sprengstoff-Attentat hingegen lehnte Rommel stets ab, er setzte vielmehr auf die offene Konfrontation. Rommel wollte Hitler und seine Handlanger verhaften und vor ein deutsches Gericht stellen lassen.

Diese hehre Absicht wäre nicht nur ein maßgeblicher Beitrag zur Selbstreinigung des deutschen Volkes gewesen, sondern hätte Deutschland auch unsägliches Leid ersparen können. Schließlich waren in den restlichen Monaten des Krieges weitaus mehr Opfer zu beklagen als in den vorausgegangenen fast fünf Jahren zuvor, auch wären nicht noch mehr von Deutschlands Städten durch die fast pausenlosen alliierten Bombenangriffe ab Mitte 1944 in Schutt und Asche gelegt worden.

Die konkrete Rolle, die Rommel im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 hatte, bleibt widersprüchlich. Wie Generalleutnant Hans Speidel, der im Frühjahr 1944 Chef des Stabes der Heeresgruppe B unter Rommel wurde und in die Pläne eingewiesen war und im Herbst 1944 deshalb sogar ins Visier der Gestapo geriet, nach dem Krieg bestätigte („Invasion 1944: Ein Beitrag zu Rommels und des Reiches Schicksal“, New York 1950), sei Rommel Mitwisser gewesen, habe aber vor einer direkten Teilnahme am Putsch wegen der geplanten Ermordung des Oberbefehlshabers, an den er durch Eid gebunden war, zurückgeschreckt. Dem widersprach 1987 der Historiker Ralf Georg Reuth, der die Rolle Rommels im Widerstand völlig marginalisierte („Erwin Rommel. Des Führers General, München 1987), selbst eine Mitwisserschaft für unwahrscheinlich hielt.

Tatsächlich geriet Rommel durch die Netzwerke des Widerstands in Frankreich bei der Gestapo ins Visier. Bereits Ende Juli zwang man ihn, den Oberbefehl über die Heeresgruppe niederzulegen. Am 14. Oktober 1944 wurde er von zwei von Hitler gesandten Generalen zum Selbstmord durch Zyankali genötigt, um einem öffentlichen und demütigenden Verfahren vor dem Volksgerichtshof zu entgehen.

Die Westalliierten hatten in ihren Plänen Separatfrieden stets ausgeschlossen. Wenn überhaupt, wäre ausschließlich Rommel der einzige für die alliierten Feinde akzeptable Verhandlungspartner gewesen, von denen er nicht nur militärisch, sondern vor allem auch wegen seiner menschlichen Haltung in hohem Maße anerkannt und geschätzt wurde. Schon

während des Afrika-Feldzuges äußerte Winston Churchill über Rommel: „Uns steht ein großer deutscher General gegenüber“, eine Auszeichnung, die der britische Kriegspremier keinem anderen deutschen Soldaten jemals zuteil werden ließ.

Damals mußte sogar der britische Oberbefehlshaber in Nordafrika, General Auchinleck, die Bewunderung seiner Soldaten für Rommel in einem eigenen Tagesbefehl mit dem Hinweis zügeln, daß schließlich Rommel Kriegsgegner sei. Bei dem von tiefer Frömmigkeit geprägten Rommel („Unser Leben ist überall in Gottes Hand, ob an vorderster Front oder hinten in der Etappe“) gab es weder Kriegsverbrechen noch Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung oder Todesurteile, die Kriegsgefangenen wurden gut behandelt. Kaum Bedarf bestand auch in der Maßregelung von Desertationen, denn einen Feldmarschall, der sich selbst häufig den größten Gefahren im Kampfgetümmel aussetzt (Landserspruch; „Wo Rommel ist, ist vorne“) und der auch sonst keinerlei Privilegien für sich in Anspruch nahm, läßt man nicht im Stich.

Am 50. Todestag zollten Alliierte öffentlich Respekt

Die Araber in Nordafrika gar verehrten den „Wüstenfuchs“ als eine Art Heilsbringer und ärgerten beispielsweise im damals noch britisch besetzten Ägypten die Engländer gern mit der unverhohlenen und erwartungsfrohen Drohung: „Bald kommt Sihdi Rommel nach Kairo.“ Leider setzte nur zwei Tage nach dem in der NS-Diktatur einzigartigen Ultimatum Rommels an Hitler die schwere Verwundung durch einen britischen Tieffliegerangriff am 17. Juli 1944 seinem für einige Tage später ins Auge gefaßten Staatsstreich ein jähes Ende.

Beeindruckend waren auch die Ehrenbezeugungen zahlreicher ranghoher US-amerikanischer, britischer und französischer Offiziere am 16. Oktober 1994 anlässlich der 50. Wiederkehr des Tages, an dem Hitler Rommel in den Selbstmord getrieben hatte, als sie an seinem Grab voller Respekt militärisch salutierten; eine Geste, die – soweit ersichtlich – außer ihm keinem deutschen Wehrmachtsoffizier je zuteil wurde. Die Alliierten bewunderten nicht nur Rommels militärisches Genie, sondern gerade auch seine aufrechte und menschliche Vorbildhaltung. Mindestens dreimal verweigerte er „Führerbefehle“ und rettete dadurch zum Beispiel nach der nachschubbedingten Niederlage von El Alamein das Deutsche Afrikakorps vor dem sicheren Untergang. Er erzielte sensationelle militärische Erfolge, ohne seine Soldaten sinnlos zu verheizen oder gar seine christlichen Grundsätze zu verraten.